Schlagwort-Nr. 4060. Online seit 04.06.2012, aktualisiert am 10.09.2018.

Deutsche Zentrumspartei in Preußen

Die preußische Zentrumspartei war von 1919 bis zum Preußenschlag am 20. Juli 1932 durchgängig an der Landesregierung beteiligt. Mit Ausnahme des Beamtenkabinetts Stegerwald unter Beteiligung von Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (DDP) (August bis November 1921) regierten Preußen durchgängig Regierungen der Weimarer Koalition (1919-1921 und 1925-32) bzw. der Großen Koalition (1921-25).

Nach den Wahlen zur Verfassunggebenden preußischen Landesversammlung am 26. Januar 1919, bei denen das Zentrum 20,6 Prozent der Stimmen erhielt, setzte sich auch in Preußen wie im Reich der Pragmatismus des Zentrums durch und die Partei bildete eine Koalition mit der Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) und der DDP. Dies bedeutet für das Zentrum aber auch hier nicht eine "Anerkennung der Revolution", sondern die Identifikation mit dem nun von Parteien regierten Staat.

Der Eintritt des Zentrums in die preußische Regierungskoalition war dabei wie in anderen Ländern eher ein "Nebenprodukt" der Reichspolitik und der dortigen Weimarer Koalition. Weder das preußische Zentrum noch die preußische Sozialdemokratie trat besonders ambitioniert in diese Koalition ein, die vor allem die Regierung eines rechten Bürgerblocks verhindern sollte. Das Zentrum konnte sich aber durch den Niedergang der DDP seit 1920 von der Rolle eines sekundären Koalitionspartners emanzipieren und als permanente Regierungspartei behaupten. Sie konnte bei den Landtagswahlen am 20. Februar 1921 17,9 Prozent, am 7. Dezember 1924 17,6 Prozent und am 20. Mai 1928 14,5 Prozent der Stimmen gewinnen.

Das Arrangement mit der Sozialdemokratie ermöglichte es dem Zentrum, das ideologische Moment der Staatsbejahung mit den sozialen und kirchlichen Interessen des katholischen Bevölkerungsteils zur Deckung zu bringen. Das Ziel seiner Politik war es vor allem, die Benachteiligung der Katholiken in Staat und Verwaltung Preußens zu beseitigen, die noch aus dem Kaiserreich herrührte. Dabei konnte die Zentrumspartei Erfolge bei der Realisierung der Paritätsforderung, bei der höheren Verwaltung, bei der Sicherung der bekenntnismäßigen Volksschule und der Lehrerbildung, bei der Regelung der Pfarrerbesoldung und der kirchlichen Rechtsansprüche erzielen. Die größte politische Errungenschaft des preußischen Zentrums jedoch war der Konkordatsabschluss 1929. Diese Erfolge blieben dabei zwar immer Kompromisse, grundsätzlich gelang es dem Zentrum aber mit den gemeinsamen Koalitionen, die Sozialdemokratie auf einer gemeinsamen Linie festzuhalten, insbesondere im Bereich der Kulturpolitik. Dafür

akzeptierte das Zentrum auch die äußerliche Rolle eines Juniorpartners der SPD.
Die Sonderentwicklung des preußischen Zentrums wurde in der katholischen Öffentlichkeit inner- und außerhalb der Partei jahrelang mit kritischer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Partei war immer wieder innerparteilichen Forderungen ausgesetzt, ihre Koalitionspolitik den Verhältnissen im Reich anzupassen, konnte diese aber immer wieder abgewehrt. Auf den vier preußischen Landesparteitagen nach 1918 gab es dagegen kaum größere Auseinandersetzungen um Grundsatzfragen.
Das preußische Zentrum konnte auch nach Ende des Kaiserreichs als "Fraktionspartei" bezeichnet werden, da die Landtagsfraktion bis 1933 der wesentliche organisatorische Kern der Landespartei blieb.
In ihr war Joseph Heß (1878-1932) als Geschäftführer und ab 1930 als Vorsitzender der mächtigste Mann. Sein Vorgänger war Felix Porsch (1853-1930). Adam Stegerwald (1874-1945) und Wilhelm Marx (1863-1946) waren 1921 bzw. 1925 kurzzeitig preußische Ministerpräsidenten.
Der "Preußenschlag" vom 20. Juli 1932 traf die Partei völlig unvorbereitet und entzog ihrer traditionellen, politischen Schlüsselposition in der preußischen Politik den Boden. Die folgende Annäherung an die NSDAP verfolgte in völliger Verkennung der Lage die Strategie, diese zu domestizieren.

Beteiligung an der Landesregierung 1919-1932:

Kabinett	Ministerposten
Kabinett Hirsch (25. März 1919 bis 29. März 1920)	Justiz (Hugo von Zehnhoff), Wohlfahrt (Adam Stegerwald)
Kabinett Braun I (29. März 1920 bis 21. April 1921)	Justiz (Hugo von Zehnhoff), Wohlfahrt (Adam Stegerwald)
Kabinett Stegerwald (21. April 1921 bis 7. November 1921)	Ministerpräsident und Wohlfahrt (Adam Stegerwald), Justiz (Hugo von Zehnhoff)
Kabinett Braun II (7. November 1921 bis 18. Februar 1925)	Justiz (Hugo von Zehnhoff), Wohlfahrt (Heinrich Hirtsiefer, ab 10. November 1921)
Kabinett Marx (18. Februar 1925 bis 4. April 1925)	Ministerpräsident (Wilhelm Marx), Justiz (Hugo von Zehnhoff), Wohlfahrt (Heinrich Hirtsiefer)
Kabinett Braun III (5. April 1925 bis 20. April 1932, geschäftsführend bis	Justiz (Hugo von Zehnhoff, bis 5. März 1927, dann Hermann Schmidt), Landwirtschaft (Heinrich

25. März 1933, seit 20. Juli 1932 faktisch abgesetzt)	Steiger), Wohlfahrt (Heinrich Hirtsiefer)
Reichkommissariat von Papen I (20. Juli 1932 bis 29. Oktober 1932)	Unterricht (Aloys Lammers, ab 21. Juli 1932)

Literatur:

EHNI, Hans-Peter, Zum Parteienverhältnis in Preußen 1918-1932. Ein Beitrag zu Funktion und Arbeitsweise der Weimarer Koalitionsparteien, in: Archiv für Sozialgeschichte 11 (1971), S. 241-288.

FALTER, Jürgen / LINDENBERGER, Thomas / SCHUMANN, Siegfried, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933 (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte), München 1986, S. 101.

HEIMANN, Siegfried, Der Preußische Landtag 1899-1947. Eine politische Geschichte, Berlin 2011.

HINKEL, Sascha, Adolf Kardinal Bertram. Kirchenpolitik in Kaiserreich und Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 117), Paderborn u. a. 2010, S. 105-290.

HÖMIG, Herbert, Das preußische Zentrum in der Weimarer Republik (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte B 28), Mainz 1979.

HÜRTEN, Heinz, Deutsche Katholiken 1918-1945, Paderborn u. a. 1992, S. 49-177 et passim.

MÖLLER, Horst, Preußen von 1918 bis 1947. Weimarer Republik, Preußen und der Nationalsozialismus, in: NEUGEBAUER, Wolfgang (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin / New York 2001, S. 149-316.

MORSEY, Rudolf, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 32), Düsseldorf 1966.

MORSEY, Rudolf, Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumspartei zwischen christlichem Selbstverständnis und "nationaler Erhebung" 1932/33, Stuttgart / Zürich 1977.

RUPPERT, Karsten, Im Dienst am Staat von Weimar. Das Zentrum als regierende Partei in der Weimarer Republik 1923-1930 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien 96), Düsseldorf 1992.

THADDEN, Rudolf von, Die Geschichte der Kirchen und Konfessionen, in: NEUGEBAUER, Wolfgang (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 3: Vom Kaiserreich zum 20. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin / New York 2001, S. 626-654.

Empfohlene Zitierweise:

Deutsche Zentrumspartei in Preußen, in: 'Kritische Online-Edition der Nuntiaturberichte Eugenio Pacellis (1917-1929)', Schlagwort Nr. 4060, URL: www.pacelli-edition.de/Schlagwort/4060. Letzter Zugriff am: 03.05.2024.